

Protokoll der vierten ordentlichen Sitzung des Hochschulausschusses am 09.01.2025

Anwesende: Lukas Drescher*, Greta Langschwager*, Nick Jürgensen*, Mia Hennig*, Johanna Preuß*, Katrin Meyer, Yorik Hansen, Daniel Mäckelmann
*: Ausschussmitglieder

Sitzungsleitung: Lukas

Protokoll: Nick

Sitzungsort: LMS8 - R.EG.018 und via Zoom (hybrid)

Beginn: 16:18 Uhr

TOP 0: Begrüßung und Vorstellungsrunde

- Die Sitzungsleitung begrüßt die Anwesenden und wünscht ein frohes neues Jahr.
- Alle Anwesenden stellen sich reihum vor.

TOP 1: Tagesordnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

- Die Tagesordnung wird per Akklamation angenommen.
- Die Sitzungsleitung stellt fest, dass die Sitzung mit 5 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

TOP 2: Zukunft des Semestertickets

Diskussion:

Greta: Generell gegen das Deutschlandticket, aber da der Unterschied so gering ist, wäre sie schon dafür, aber noch nicht ganz sicher, da die Mobilitätszahlen noch nicht vorliegen. Keines oder ein Regionales: Da sonst die Pendler*innen, die das Bundesweite eh brauchen benachteiligt werden.

Yorik: Gegen das landesweite und regionale Semesterticket, für das Deutschlandticket. Wenn nicht das Semesterticket, dann kein Ticket, da regionales Ticket deutlich zu teuer ist.

Johanna: Pro Deutschlandticket, gegen regionales Ticket

Lukas: Entweder bundesweites Ticket oder keines

Meinungsbilder:

Rückkehr zum landesweiten Ticket: 0/8/0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Lokales Ticket (nur Kiel): 0/8/0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Semesterticket abschaffen: 0/5/3 (Ja/Nein/Enthaltung)

Diskussion:

Mia: Semesterticket schafft Anreiz für ÖPNV, alleine deswegen ist das schon sinnvoll.

Greta: Wenn man sich das bundesweite Semesterticket (Deutschlandticket) selber kauft, kostet es 140 € mehr.

Daniel: Monatskarte nur Kiel würde fast doppelt so viel Kosten wie das Deutschland-Semesterticket

Mia: Freiheit auch außerhalb der Uni

Yorik: Für Selbstkaufen gilt: Man braucht vermutlich nicht jeden Monat das bundesweite Ticket. Dann schrumpft der Preisvorteil.

Greta: Brauche prognostizierten Gesamtbetrag für den Semesterbeitrag (momentan für SoSe 2026 371 €)

Daniel: Aufstockung des Ausgleichsfonds nötig (Greta widerspricht)

Yorik: Konditionen für landesweites Ticket haben sich geändert, da Lübeck nicht mitzieht. Daher sollten wir den "eingefrohrenen Tarif" nicht weiter beachten.

Nick: Momentan überlegen wir für das WiSe 2025/26.

Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

Semesterbeitrag momentan: 269 €

Das Deutschlandweite Semesterticket kostet mehr: 32,40 €

Das StuWe erhöht um: 10 €

Die Verwaltungsgebühr kommt (irgendwann): 60 €

Gesamter Semesterbeitrag: 371,40 €

Greta: Die Studis sind nur für die Steigerung auf 301,40 € verantwortlich. Das ist okay. Die Frage ist, wie wir das kommunizieren können.

Kati: Keine einheitliche CampusGrünen-Haltung

Lukas: Das landesweite Ticket ist aufgrund der zu hohen Kosten raus.

Yorik: Idee eines Solidaritätsfonds, der die erhöhten Beförderungsentgelte zahlt, wenn man erwischt wird ("regionales Ticket")

Greta ist dagegen.

Meinungsbild: Wer ist für die Empfehlung eines entsprechenden Fonds? 0/3/5 (Ja/Nein/Enthaltung)

Positionen der vertretenen Hochschulgruppen:

Die CampusGrünen und die Jusos haben noch nicht entschieden, ob sie gegen eine ersatzlose Streichung sind (Tendenz ja)

Die UDP ist gegen die Streichung des Semestertickets.

Diskussion:

Mia: Es geht darum, dass Bildung im Land SH nicht genügend finanziert wird. Daher sind auch unkonventionelle Methoden erwähnenswert.

Lukas hat eine Beschlussempfehlung vorbereitet. Diese wird angepasst und der weitere Vorschlag von Yorik zum 9-Euro-Fonds aufgenommen.

Abstimmung über die Beschlussempfehlung (nur Mitglieder des Hochschulausschusses): 5/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

TOP 3: Terminfindung

Der Hochschulausschuss tagt bisher verhältnismäßig häufig (dies ist die insgesamt fünfte Sitzung), aber hat keinen regulären Sitzungstermin. Lukas stellt das Verfahren zur Terminfindung zur Diskussion.

Die Findung von einheitlichen Terminen gestaltet sich schwierig.

Ergebnis: Es werden weiterhin „kleine“ Terminusumfragen (ein paar Terminvorschläge) durchgeführt, gerne mit zwei Wochen Vorlaufzeit.

Greta verlässt die Sitzung um 17:22 Uhr.

TOP 4: Sonstiges und Verschiedenes

- Lukas hat einen StuPa-Antrag zur Unterstützung der Forderung nach einem „AfD-Verbot“ eingereicht. Dies ist wahrscheinlich der nächste Auftrag an den Ausschuss.
- Hinweis auf die Vollversammlung und anschließende Demo am kommenden Donnerstag

Ende der Sitzung: 17:24 Uhr.

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses des Studierendenparlaments zur Zukunft des Semestertickets

Der Hochschulausschuss stellt fest, dass die voraussichtlichen Kosten für das Semesterticket im Wintersemester 2025/26 bei einer Rückkehr zum landesweiten Semesterticket deutlich über denen des Deutschland-Semestertickets (DE-SeTi) liegen. Der Hochschulausschuss empfiehlt dem Studierendenparlament (StuPa) daher dringend, einer Rückkehr zum landesweiten Semesterticket nicht zuzustimmen.

Der Hochschulausschuss stellt weiterhin fest, dass das gesamte Jahr über immer mindestens ein Viertel der Studierenden (Stand 2022) immer den ÖPNV nutzen, um zum Campus zu gelangen. Studierende, die weiterhin auf das Deutschlandticket angewiesen sind, müssten dieses zusätzlich zum Semesterbeitrag für 348€ erwerben. Auch darüber hinaus stärkt ein Semesterticket die Mobilität der Studierenden. Außerdem stellt der Hochschulausschuss fest, dass das Semesterticket begrüßenswerte Anreize zur Nutzung des ÖPNV schafft. Folglich empfiehlt der Hochschulausschuss dem StuPa, einer ersatzlosen Kündigung des Semestertickets nicht zuzustimmen.

Der Hochschulausschuss stellt fest, dass sich durch einen Wechsel vom DE-SeTi zum lokalen Semesterticket (offiziell: Semesterticket Kiel; nur Tarifzonen 4000 Kiel und 3130 Kiel-Schilksee) im Wintersemester 2025/26 voraussichtlich lediglich knapp unter neun Prozent der Kosten einsparen lassen. Der Hochschulausschuss erinnert zudem daran, dass sich 2019 eine Mehrheit der Studierenden in einer Studierendenbefragung für die Einführung eines landesweiten Semestertickets gegenüber dem lokalen Semesterticket ausgesprochen hat und dass der Geltungsbereich des DE-SeTi den Geltungsbereich des landesweiten Semestertickets einschließt. Zuletzt betont der Hochschulausschuss, dass eine Upgrade-Option vom regulären Semesterticket zum Deutschlandticket ausgeschlossen ist. Somit müssten alle Studierenden, die auf den ÖPNV außerhalb des Geltungsbereichs des lokalen Semestertickets angewiesen sind, separate Fahrkarten zum regulären Kaufpreis erwerben. Angesichts des geringen Einsparpotentials, des deutlich vergrößerten Geltungsbereichs, des Mangels einer Upgrade-Option und vergangener Abstimmungsergebnisse empfiehlt der Hochschulausschuss dem StuPa, einem Wechsel zum lokalen Semesterticket nicht zuzustimmen.

Der Hochschulausschuss nimmt den Vorschlag der LISTE-Hochschulgruppe zur Kenntnis, analog zum 9-Euro-Fonds (<https://9eurofonds.de/>) einen Fonds einzurichten, mit dem erhöhte Beförderungsentgelte im Bereich des regionalen Semestertickets erstattet werden. Diese Option könnte als Ersatz des lokalen

Semestertickets fungieren. Der Hochschulausschuss stellt fest, dass dies rechtlich wie realistisch nicht umsetzbar ist.

Insgesamt empfiehlt der Hochschulausschuss dem StuPa, eine Kündigung des Deutschland-Semestertickets abzulehnen und das Deutschland-Semesterticket weiterzuführen.